

Notizen

Mißverständnisse in bezug auf die päpstliche Lehrautorität beruhen nach Ansicht des Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal *Joseph Ratzinger*, auf fehlerhaften Ansichten über das Gewissen. Gewissen und Autorität stünden sich heute wie zwei einander widerstrebende Modelle gegenüber, meinte Ratzinger vor einem Symposium von US-Bischöfen über ethische und medizinische Fragen Anfang Februar in Dallas. Der legitime Vorrang des Gewissens – selbst dann, wenn es sich um ein irrendes Gewissen handele – werde nur richtig verstanden vor dem Hintergrund der Beziehung zwischen Gewissen und *Wahrheit*. Das Gewissen dürfe nicht auf die feste subjektive Überzeugung reduziert werden, die über keinerlei Verbindung zu objektiven Normen von Gut und Böse verfüge. Das Petrusamt sei für die Moderne nur deshalb so unverständlich geworden, weil man Autorität nur in Kategorien zu denken gewohnt sei, die den Graben zwischen Subjekt und Objekt nicht zu überwinden in der Lage seien. Der wahre Sinn der päpstlichen Lehrautorität bestehe darin, *Anwalt des christlichen Gedächtnisses* zu sein.

Erzbischof *Camillo Ruini* (59), der erst wenige Wochen vorher zum Nachfolger von Kardinal *Ugo Poletti* als Generalvikar des Papstes für die Diözese Rom berufen worden war, wurde Anfang März vom Papst auch zum Nachfolger Polettis als Präsident der Italienischen Bischofskonferenz berufen. Erzbischof Ruini war noch bis Januar dieses Jahres Sekretär der Bischofskonferenz. Der Präsident der Italienischen Bischofskonferenz wird im Unterschied zu anderen Konferenzvorsitzenden nicht von den Bischöfen gewählt, sondern vom Papst (als Primas Italiens) ernannt. Einem vor der Ernennung Polettis vor fünf Jahren ausgesprochenen Wunsch der Bischöfe, ihre Konferenzvorsitzenden wählen zu dürfen, hatte der Papst nicht entsprochen.

Nach Meinung des Vorsitzenden der Slowakischen Bischofskonferenz ist das Verlangen der *Slowaken* nach Selbstbestimmung legitim. Bischof *Jan Korec* von Nitra (Neutra) sagte Mitte März vor der Presse in Wien, eine Selbstbestimmung sei aber auch unter Beibehaltung der Föderation mit der tschechischen Republik möglich. Die Bischöfe versuchten, aufgeheizte nationalistische Gefühle zu beruhigen; Ausschreitungen und Gewaltakte brächten in keinem Fall eine Lösung der Probleme und seien zu verurteilen. Es sei die verantwortungsvolle Aufgabe der tschechoslowakischen Politiker, die bestehenden Probleme mit demokratischen Mitteln zu lösen.

Der Freiburger Erzbischof *Oskar Saier* hat ein *Diözesanforum* einberufen. In zwei Sitzungsperioden sollen 208 Delegierte, die meisten von ihnen Mitglieder der verschiedenen bestehenden diözesanen Räte, vom 23. bis 25. Mai und vom 28. bis 31. Oktober dieses Jahres zusammenkommen. Das Diözesanforum soll fortsetzen, was Erzbischof Saier im Herbst 1989 mit seiner Pastoralen Initiative „Miteinander Kirche sein – für die Welt von heute“ begonnen hatte. Damals wandte Saier sich mit einer Reihe von Fragen an seine Diözesanen, über die er mit ihnen ins Gespräch kommen wollte: u. a., wie das Glaubenszeugnis in einer säkularisierten Welt gelingen könne.

Von einem Eklat wurde der offizielle Abschluß der Augsburger Diözesansynode (vgl. HK, August 1990, 357 ff.) begleitet. Zur feierlichen Übergabe des von Bischof *Joseph Stimpfle* gegenüber der von der Synode beschlossenen Fassung nochmals veränderten Synodendokuments kamen nur etwa zwei Drittel der 250 Synodalen. Die Übergabe erfolgte rund zwei Monate nach dem ursprünglich vorgesehenen Termin. Aus Protest gegen die von Bischof Stimpfle vorgenommenen, inhaltlich z. T. gewichtigen Veränderungen gaben einige Synodale noch während der Feier im Augsburger Dom ihr Exemplar zurück und legten es zusammen mit brennenden Kerzen, sogenannten „Friedenslichtern“, auf den Chorstufen ab.

Die drei Patriarchen von Jerusalem und der Kustos des Heiligen Landes haben die Gründung eines Komitees beschlossen, das eine gemeinsame Haltung zu den gegenwärtigen Herausforderungen im Nahen Osten fördern und der gemeinsamen Suche nach Lösungen für Probleme nach dem Ende des Golfkriegs dienen soll. Für die Gründung sprachen sich der lateinische Patriarch *Michel Sabbah*, der griechisch-orthodoxe Patriarch *Diodoros I.*, der armenische Patriarch *Torkom Manoukian* sowie der Kustos der Franziskaner, *Carlo Cecchitelli*, aus. Der Beschluß erfolgte wenige Tage, nachdem der Papst zu einer außerordentlichen Konferenz über die Folgen des Golfkriegs nach Rom (vgl. ds. Heft, S. 155) eingeladen hatte.

Am 8. und 9. März fand im Vatikan ein Treffen von 22 *brasilianischen Bischöfen* mit *Johannes Paul II.* und Kurienvorstern statt, als Abschluß der Ad-limina-Besuche des brasilianischen Episkopats. Ein ähnliches Treffen des Papstes mit einer Delegation der brasilianischen Bischöfe hatte schon 1986 stattgefunden (vgl. HK, Mai 1986, 211 ff.). In seiner Ansprache zum Auftakt der jetzigen Begegnung wies *Johannes Paul II.* besonders auf die Verant-

wortung der Bischöfe als „authentische Lehrer des Glaubens“ für die Aufgabe der Evangelisierung hin. Kraft und Lebendigkeit der Ortskirche hingen zum großen Teil von der Stärke des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe der Bischöfe ab. Der Papst erwähnte auch die schnelle Ausbreitung der Sekten in Brasilien, die viele Katholiken von ihrem Glauben abbrächten. Im Herbst dieses Jahres wird *Johannes Paul II.* Brasilien zum zweiten Mal besuchen; der erste Besuch hat 1980 stattgefunden.

Die katholischen Bischöfe von *Zaire* haben in einem Hirtenbrief die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Mißstände in ihrem Land beklagt. Das Schreiben spricht von einer äußerst ersten Krise in Zaire, die das Volk in unbeschreibliches Elend gestürzt habe. Es herrschten Anarchie, Unruhen und soziale Gewalt. Einschüchterungen und Machtmißbrauch fanden unter den Augen und mit Wissen der staatlichen Behörden statt. An die Regierung appellieren die Bischöfe, einen „runden Tisch“ einzurichten, an dem alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen des Landes beteiligt werden müßten.

Bei der Vollversammlung in Canberra (vgl. ds. Heft, S. 179) wurde der *Chinesische Christenrat* als Mitgliedskirche in den Ökumenischen Rat der Kirchen aufgenommen. Der Christenrat ist der vom Staat anerkannte Zusammenschluß der protestantischen Christen in der Volksrepublik China. Ihm gehören Gemeinden bzw. Gläubige presbyterianischer, anglikanischer, methodistischer und baptistischer Herkunft an. Nach eigenen Angaben gehören zum Chinesischen Christenrat derzeit 5,5 Millionen getaufte Mitglieder; er zählt über 1000 ordinierte Amtsträger und 13 theologische Ausbildungsstätten.

Nach einer *Umfrage* des Sofres-Instituts bezeichnen sich 80 Prozent der *Franzosen* als katholisch; 14 Prozent besuchen regelmäßig ein- oder zweimal im Monat den Gottesdienst. Ebenfalls 14 Prozent bezeichneten sich bei der Umfrage als „gelegentlich Praktizierende“. Zwischen 1974 und 1989 hat laut Sofres die Zahl der regelmäßig praktizierenden Katholiken um sieben Prozent und die der gelegentlich praktizierenden um drei Prozent abgenommen. Nach wie vor stellten Frauen wie Bewohner ländlicher Regionen die Mehrheit der regelmäßig Praktizierenden.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Verlegerbeilage und ein Prospekt des Missionswissenschaftlichen Instituts Missio, Aachen, beigegefügt.